

Vom Sondieren zum Koalieren

Das Wort Koalition ist lateinisch und bedeutet „Zusammenwachsen“.

In der Politik ist das nicht wörtlich gemeint. Es geht um ein Bündnis auf Zeit, weil zwei Parteien jeweils Regierungsmacht wollen und nur gemeinsam dafür eine Mehrheit haben. Das Verhandeln ihrer Vereinigung ist mühsam. Also wird zuerst sondiert.

1 Das Wort Sondierung wiederum meint Untersuchungen, um zuerst einmal die Lage besser abschätzen zu können. Man möchte vorsichtig erkunden, wie die Sachlage ist. So wird erkennbar, welche Chancen und Hindernisse für Verhandlungen bestehen. Auch wenn der Vergleich mit einer Magensonde unappetitlich ist, trifft er die Sache ganz gut: Da führt der Arzt ein Gerät in den Verdauungstrakt ein, um unverdauliche Brocken zu erkennen. Oder wenigstens vor der Operation ungefähr zu wissen, wo diese liegen und ob anderswo der Weg frei ist.

2 Warum tut man das? Auch aus taktischen Gründen. Der Satz „Die Verhandlungen sind gescheitert!“ klingt für keinen Politiker gut. Niemand will als derjenige gelten, dem etwas komplett misslungen ist. Wenn aber die ÖVP von Sebastian Kurz als Wahlsieger drei Koalitionsoptionen – mit SPÖ, FPÖ und Grünen – hat und am Ende nur eine davon rauskommt, kann er naturgemäß zweimal verhandlungstechnisch scheitern.

Sein Partner stünde nur noch als letzte übrig gebliebene Möglichkeit da – und Kurz selber hätte sozusagen in zwei Dritteln der Verhandlungsfälle nichts zustande gebracht. Das schwächt sein Image. Also fühlt er lieber mal bloß vor.



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Oder er trickst ein bisschen und verschleiert seine vielleicht längst feststehende Entscheidung, um dem Wunschpartner keine Preistreiberei zu ermöglichen.

3 Für eine Koalition zwischen ÖVP und SPÖ spricht nicht viel. Eigentlich fast gar nichts. Selbst die rote Parteichefin Pamela Rendi-Wagner sagt: „Der Ball liegt bei Sebastian Kurz!“ Das stimmt, doch der mag weder mit Rendi-Wagner sich Bälle zuspielen noch überhaupt eine einst „große“ Koalition. Als 33-Jähriger hat Kurz nämlich keines der früheren Großprojekte der Traditionsparteien miterlebt. Sondern lediglich die Sterbenszeit, als es Blockaden und Intrigen sowie eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners nahe dem Nullpunkt gab.

4 Apropos Tradition: Das ist trotzdem die einzige und letzte Chance ehemaliger Großkoalitionäre. Die

Sozialpartnerschaft im weiteren Sinn hat eine jahrzehntelange ruhmreiche Geschichte für den sozialen Frieden in Österreich. Natürlich hatten die „schwarze“ Landwirtschafts- und Wirtschaftskammer sowie die Industriellenvereinigung einerseits und die „rote“ Arbeiterkammer mit den Gewerkschaften andererseits immer Interessengegensätze.

Doch hat man am Ende Kompromisse gefunden und Arbeitskonflikte nicht mit Streiks oder gar Straßenschlachten ausgetragen. Inzwischen ist aber eine Kultur des heftigen Streits und gegenseitigen Misstrauens entstanden. Daher ist nicht mehr so sicher, ob diese Gruppen in bewährter Form Verhandlungsteams für eine Regierung finden könnten.

5 Bei der Aufstellung der Arbeitsgruppen und Ausarbeitung von Verhandlungspapieren beginnen jedoch umso mehr die Probleme der FPÖ. Die Partei hat nach dem Wahldebakel und den Stracheaffären schlicht und einfach im Moment ganz andere Sorgen. Klar, irgendwer zum Verhandeln würde sich schon finden. Doch wer? Ex-Vertrauensleute von Heinz-Christian Strache? Das ist kaum eine gute Idee.

Im inzwischen breiten Feld der Gegner Straches ist nicht sicher, ob die Machtverteilung zwischen den Herren Norbert Hofer,



Pamela Rendi-Wagner (SPÖ).

Herbert Kickl und Manfred Haimbuchner – das ist der oberösterreichische Landeschef – eindeutig ist. Mit sich selbst im Durcheinander hat die FPÖ freilich auch das Trauma der Koalitionsverhandlungen 2002. Damals entschloss man sich nach einer schweren Wahnieder-



ÖVP-Chef
Sebastian
Kurz sucht
einen Koali-
tionspartner.

Nobert Hofer
(FPÖ).

Werner Kogler
(Grüne).

Beate Meisl-
Reisinger (Neos).

lage unvorbereitet zum Verhandeln.

Das Ergebnis: Selbst Zeitgeschichtler wissen wohl von keiner einzigen Forderung, welche die FPÖ durchgesetzt hätte. Im Grunde gab es eine Alleinregierung der ÖVP mit ein paar blauen Ministerpöstchen. Auch heuer würde

Sebastian Kurz den geschwächten Blauen vermutlich statt Innen-, Verteidigungs- und Gesundheitsministerium bloß die Zuständigkeit für Kickls Polizeipferde, Schrottmaterial des Bundesheeres und Leukoplast anbieten. Jedenfalls nicht viel mehr.

6 Heute findet übrigens in Vorarlberg die Landtagswahl statt. Ob das dortige Ergebnis Einfluss auf die Regierungsbildung hat? Nein. Dazu ist das Bundesland zu klein. Falls die ÖVP die absolute Mehrheit schafft, erübrigen sich alle vergleichenden

Fragen nach dem Koalitionspartner. Auch wenn nicht, dürfte sich der Trend mit Gewinnen der ÖVP und Verlusten der FPÖ fortsetzen. ÖVP-Landeshauptmann Wallner hätte in diesem Fall freilich mit den Grünen erfolgreich regiert – und würde das weiter wollen.